

Den Preis des Wirtschaftsbooms zu Bezahlen

Die Kinder der chinesischen Wanderarbeiter

Als ein Zeichen der noch riesigen Disparitäten zwischen Land- und Stadtentwicklungen wird die aktuelle Massenbewegung von 200 Millionen Wanderarbeitern innerhalb Chinas als die größte der Geschichte angesehen. Man sagt, dass eine Wahl der Landbevölkerung Chinas gelassen wird, zwar auf dem Land zu bleiben oder in die Städte zu wandern. In der Tat bedeuten diese Optionen, sich für ein armes Leben oder für ein diskriminiertes und sozial benachteiligtes zu entscheiden, zumal dass sie eine zweite Entscheidung treffen müssen. Sollen sie ihre Kinder mit sich in die Stadt mitnehmen oder sie zurücklassen?

Dieser Bericht von China Labour Bulletin analysiert die Lebenssituation der Kinder von Wanderarbeitern, die ein Viertel der Gesamtheit der chinesischen Kinder darstellen. Im ersten Teil werden die Problemen der auf dem Land zurückgelassenen Kinder und die staatlichen Antworten auf diese betrachtet. Im Zweiten Teil werden die Lebenslage der in die Städte eingewanderten Kinder und die Versuche der Regierung beschrieben, die die Integration der eingewanderten Kinder hindernden Gesundheits- und Bildungssysteme zu reformieren.

Die zurückgelassenen Kinder

■ Das Leben der zurückgelassenen Kinder

2007 betrug der Anzahl der in ländlichen Zentrum und Westen Chinas und in den eher reichen Gebieten an den Küsten zurückgelassenen minderjährigen Kinder von Wanderarbeitern 58 Millionen. Unter diesen lebt weniger als die Hälfte mit einem Elternteil; der restliche 53% hat gar keine direkte Beziehung mit den Eltern und lebt ins Gegenteil bei Verwandten, Bekannten oder allein. Die seltenen telefonischen Kontakte genügen offensichtlich nicht, um die Liebesbedürfnisse der Kindern zu befriedigen, zumal dass die Eltern hauptsächlich nur auf ihre Schulleistungen und nicht auf ihre Lebenswierigkeiten interessiert sind. Die meisten dieser von der vaterlichen und mütterlichen Liebe entzogenen Kinder leidet unter Geistesstörungen. Diese hängen mit der Neigung zusammen, ihre Bedürfnisse zu unterdrücken, weil sie keine Hoffnung mehr haben, sie erfüllt zu sehen. Unter den zurückgelassenen Kindern sind die zurückgezogenen, depressiven, motivationslosen, nicht unternehmungslustig, leicht erregenden und ängstlichen immer häufiger zu finden. Die chinesischen Medien haben dafür sogar den neuen Begriff „**syndrome der auf dem Land zurückgelassenen Kinder**“ erfunden.

Verhaltenstörungen, wie z.B. Internetabhängigkeit und Neigung zur Gewalt oder Kriminalität, sind ebenso weit verbreitet. Da die Aufsicht von Erwachsenen ihnen fehlt, mangeln sie zudem an Bewusstsein und sind in der Regel unfähig, sich von Unbekannten zu schützen. Diese Kinder sind daher verletzbarer als andere Kinder, zu Opfern von Verbrechen (im Besonderen Vergewaltigungen und Entführungen), Naturkatastrophe und Heimunfällen zu fallen.

Die Wanderarbeiter sorgen sich vor allem dafür, dass das durch harte Arbeit verdiente Geld eine gute Bildung und eine bessere Zukunft für ihr Kind absichert. Dennoch hält normalerweise das zurückgelassene Kind von der Schule nicht viel; genau aufgrund der fehlenden familiären Unterstützung sind diese Kinder keine hervorragenden Schüler und brechen daher oft die Pflichtschule ab.

■ Die staatlichen Antworten: politische Strategien und Hindernisse zur Implementierung der Reformen

Obwohl es schon in den 80er die Tendenz unter den Wandarbeitern bestätigt wurde, die Kinder eher auf dem Land zurückzulassen, hat die Zentralregierung erst 2004 damit angefangen, sich für diese Kinder zu interessieren. Die 2007 unter der Name „Teilung desselben hellblauen Himmels“ eingeleitete nationale Kampagne zur Hilfe der Kinder von Wandarbeitern sieht vier Arbeitsfelder vor. Die Regierung soll die Reform des Wohlfahrtsystems und der Sozialfürsorge (z.B. durch Investitionen für den Neubau von Internats) leiten. Legale Hilfe soll den Wandarbeitern gesichert werden. Die Medien sollen bei der Sensibilisierung der Gesellschaft für diese Kinder mitarbeiten. Zuletzt soll die Beteiligung der Bürger zur Verbesserung der Lage der betreffenden Kinder beitragen. Die Bürgerbeteiligung drückt sich damit aus, dass ehrenamtliche Kuratoren rekrutiert werden, die die von der Familie getrennten Kinder aufpassen und sie materiell und psychologisch unterstützen. Jedoch erweist sich etwa 60% solcher Helfer als ungeeignet, weil es aus Lehrer und Regierungs- oder Parteimitglieder besteht, die eher andere Interessen haben, als das anvertraute Kind zu versorgen.

Die Regierungspolitik fehlt in der Gesamtheit an Ressourcen und an einer effektiven Organisation. Aufgrund der mangelnden Finanzen der Lokalregierungen sind die neuen Schulen oft schlecht ausgestattet oder halten die Sicherheits- und Hygienestandards nicht ein. Die Internats zielen oft darauf ab, die Kinder zu kontrollieren anstatt sie zu erziehen. Die Regierungsprogramme stützen sich hauptsächlich auf die Mitbeteiligung von Einzelnen und private Geldmittel und resultieren daher meistens **ad-hoc und langfristig schwerlich durchführbar**. Einerseits hindert der Mangel an Finanz- und Humanressourcen die Implementierung der ländlichen Regierungspolitik. Andererseits zielen die staatlichen Antworten darauf ab, die Folgen der Trennung zwischen Eltern und Kindern zu mindern ohne aber die Ursachen des Problems zu beseitigen. Dieses wurzelt in der Tat in dem "System der staatlichen Haushaltsregistrierung“ (*hukou*) und in dem Ungleichgewicht zwischen ländlicher und städtischer Entwicklung.

Die ländlichen Kinder in der Stadt

■ Das Leben der in die Städte eingewanderten Kinder

Im 2007 betrug ungefähr 19 Millionen der Anzahl an Kinder von chinesischen Wandarbeiter in den Städten. Es ist jedoch anzumerken, dass ein kleiner Prozentsatz von eingewanderten Kindern behördlich registriert ist, zwar ausschließlich diejenigen, die schon in der Stadt geboren sind. Die Kinder unter 16 sind in der Tat nicht verpflichtet, die temporäre Wohnberechtigung zu beantragen. Zudem zeigen sich die meisten eingewanderten Arbeiterfamilie nicht dazu bereit, die Städte zu verlassen; diese Tendenz lässt daher vermuten, dass nicht-angemeldeten Kinder immer zahlreicher sein werden. Obwohl nach der Volkszählung aus dem Jahr 2000 fast 30% der Kinder von Wandarbeiter in den Städten geboren wurde, werden diese immer noch als „Ausländer“ betrachtet und in unterschiedlichen Aspekte der Gesellschaft diskriminiert.

- **Ausschließung aus dem Gesundheitssystem**

Eine erste Sperre zur Zugang zum Gesundheitssystem bilden die unter dem Druck der Regierung zur Privatisierung der Gesundheitsinstitute stehenden steigenden Kosten. Es überrascht tatsächlich nicht, dass 2008 die Kinder von Wandarbeitern die meisten Opfer der vergifteten Milchpulver dargestellt haben. Die Wandarbeiter können sich in

der Tat nicht leisten, die teureren aber qualitativ hochwertigen importierten Milchprodukte zu kaufen. Die von einigen Lokalregierungen beschlossene Ausweitung der Wohlfahrtspflege an den Kindern von Wanderarbeitern wird nach Belieben realisiert. Einige Sanitätsdienste, wie zum Beispiel die Mutterschaftspflege, sind in Wirklichkeit für diejenigen gar nicht kostenlos, die keine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis in der Stadt besitzen. Die Lokalregierung der dauerhaften Residenz ist nämlich immer noch die verantwortliche für die Verleihung der Wohlfahrtsdienste.

Zum Schluss sind viele eingewanderten Eltern gar nicht von dem Belang bewusst, das Kind regelmäßige ärztliche Kontrolluntersuchungen zu unterwerfen und verzichten daher auf die von der Schulen angebotenen ärztlichen Check-ups. Der Prozentsatz an Kindern mit Geburtskrankheiten und die Kindersterblichkeitsrate bei gewanderten Kindern sind weiterhin höher als die bei den Stadteinwohnern.

- **Diskriminierung im Bildungssystem**

Nach dem Pflichtschulgesetz von 2006 sind die Lokalregierungen dazu verpflichtet, allen Kindern einen gerechten Zugang zur Schule zu gewährleisten. Die Regierung sind jedoch frei, sich für die Art und Weise der Implementierung dieses Gesetzes zu entscheiden. Da die Höhe ihrer Investitionen in Bildung nach dem Anteil an den ansässigen Kindern gerechnet werden, sind die Schule erlaubt, zusätzliche Gebühren für die Kinder einzuführen, die nur eine temporäre Aufenthaltsgenehmigung innehaben. Viele Schule sind zudem widerwillig, die Kinder von eingewanderten Arbeitern aufzunehmen.

Zusammenfassend resultieren die Kosten für Bildung dermaßen hoch für Einwanderer, dass 6% von ihrer Kindern niemals die Schule besucht hat. Schulabbrüche, schlechte Durchschnittsnoten und niedriger Prozentsatz an Abiturienten sind häufig unter den Kindern von Wanderarbeitern. Das kompetitive und der nationalen Abiturprüfung orientierte chinesische Schulssystem diskriminiert in der Tat diese Kinder als „minderwertig“. Die von Wanderarbeitern bevorzugten billigeren privaten Schulen mangeln in der Regel an Finanzen und qualifizierten Lehrkräften. Es ist dann offensichtlich, warum immer weniger eingewanderte Jungen nicht zur Universität gehen, während der nationale Prozentsatz an Universitätseinschreibungen ins Gegenteil unaufhörlich steigt.

- **Soziale, geographische und kulturelle Abgrenzung**

Die soziale, geographische und kulturelle Abgrenzung ist heutzutage dermaßen ernst geworden, dass die Kinder der zweiten Generation von Wanderarbeitern noch mehr als die der ersten eher depressiv, verletzbar und züversichtslos als die in der Stadt dauerhaft ansässig.

Diese Kinder sind diskriminiert und das Recht vorenthalten, einem gerechten Zugang zu Bildung, Sozialpflege und aktiver Anteilnahme an der städtischen Gesellschaft zu genießen. Das 2003 von Wen Jiabao gewünschten Ziel, einen „gleichen hellblauen Himmel“ für alle Kinder sicher zu stellen, ist längst noch nicht erreicht.

■ **Anstrengungen der Regierung und Hindernisse zur Implementierung der Reformen**

Ab Mitte der 90er Jahren strengt sich die Regierung an, die Kinder von Wanderarbeitern in die städtischen Gesundheits- und Bildungssystem einzuschließen. Jedoch bietet die Zentralregierung den lokalen Obrigkeiten fast keine finanzielle Unterstützung für die Implementierung dieser Maßnahme. Zusätzliche Dienste werden somit denjenigen Kindern doch verweigert, die keine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis besitzen.

Die ab 1994 durchgeführten **Reformen des Gesundheitswesens** haben die Situation der chinesischen Frauen und Kinder durchschnittlich verbessert; u.a. wurden die Mutterschafts- und Kinderpflege kostenlos und neue sanitären Einrichtungen aufgebaut. Diese Maßnahmen verleihen dennoch den Wanderarbeiterinnen und deren Kindern keine besondere Aufmerksamkeit. In den von einigen Kommunen vorgeschlagenen Gesundheitsversicherungen für Kinder werden die Kinderrechte nicht spezifiziert sondern sogar Einschränkungen auferlegt. Die neuen Reformpläne des Gesundheitswesens und des Gesetzes über die Sozialfürsorge vom 2008 sehen ebenso keine spezielle Begünstigung für eingewanderte Kinder vor.

In den letzten 20 Jahren wurden zahlreiche **Reformpolitik auch im Bildungswesen** angeleitet. Dieser partielle Umbau hat vor allem darauf abgezielt, die Einschreibungen an ländlichen Grundschulen anzukurbeln; die Kinder von Wanderarbeitern in den Städten werden davon gar nicht begünstigt. Seit 2000 versucht die Regierung, die Verantwortung für die Ausbildung von eingewanderten Kindern von den ländlichen Regierungen in zu den städtischen zu verschieben. 2008 wurden zum Beispiel die temporäre Schulgebühren abgeschafft. Viele Lokalregierungen (vor allem an der östlichen Küste Chinas) verzögern jedoch die Reformen mit dem Zweck, den daraus resultierenden potentiellen Einwandererstrom in die Städte zu verhüten. Zudem neigen die Lokalregierungen eher dazu, Versorgungsleistungen nur den qualifizierten Arbeitern und deren Kindern zu leisten; sie behaupten, dass die allgemeine Lebensqualität der Bevölkerung dadurch steigen kann. Der Großteil an Kindern von Wanderarbeitern wird heutzutage noch den Zugang zum städtischen Schulsystem dadurch verweigert, dass Einschränkungen und komplizierte Verfahren dafür eingeführt worden sind. Die Eltern müssen zum Beispiel Arbeitsverträge, Eigentumnachweis und die Schuldokumente von schon besuchten Schulen abgeben, welche in der Regel nicht einfach zu bekommen sind. Viele Eltern entscheiden sich letztendlich dazu, ihr Kind zurück aufs Land zu schicken, weil sie sich die Ausbildungskosten für es in der Stadt nicht leisten können.

Zuletzt hat die **Weltwirtschaftskrise von 2008** den Weg der Wanderarbeiter und derer Kinder zum Erlang einer dauerhaften Wohnsitzbescheinigung in den Städten und die davon abhängigen sozialen Dienstleistungen erschwert. Die Zentralregierung zielt tatsächlich darauf ab, den Rückkehr dieser Kindern in den Ursprungsgebieten zu fördern, wo sie jedoch noch einmal Einlebensprobleme haben werden. Viele unqualifizierte Wanderarbeiter haben nicht nur die Arbeit verloren sondern gleichzeitig auch die Möglichkeit verpasst, ihre Kinder an einer städtischen Schule einzuschreiben.

Schlussfolgerungen und Empfehlungen

CLB erkennt die immer größere Aufmerksamkeit der Regierung auf die Problemen von Wanderarbeitern und ihren Kindern an; gleichzeitig fordert sie chinesische Führung dazu, jegliche Diskriminierung gegenüber Kindern von Wanderarbeitern abzuschaffen. Diese Kinder sollten nicht mehr den Preis des Wirtschaftsbooms bezahlen zu müssen.

Diesbezüglich sollte eine substantielle Reform des Wohlfahrtsystems durchgeführt und die *Hukou*-Institution endgültig abgeschafft werden. Demzufolge würde die Sozialversorgung nicht mehr von der Lokalregierung der dauerhaften Wohnlerlaubniss abhängen, sondern die Stadtregierungen würden die einzigen Verantwortliche für die Kinder von Wanderarbeitern. Die zentralen und lokalen Regierungen sollten zudem mehr in Human- und Finanzressourcen für die Hilfeprogrammen für Kinder auf dem Land und für die privaten Schule in den Städten investieren. Auf lange Sicht wird nur

eine ausgewogene Wirtschaftsentwicklung, allen Kindern den „hellblauen Himmel“ von gleichen Gelegenheiten sicher stellen.